

**Antragsbuch der
Kreisdelegiertenversammlung der
SPD Mitte am 25.02.2023 - mit den
Kommentierungen der Antragskommission**

Inhaltsverzeichnis

B Bezirksbezogene Anträge 1

B1	SPD Rehberge	
B1 Berlin Mitte zur kinderfreundlichen Kommune machen		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		1
B2	AK Klimapolitik	
B2 Bepflanzung des Humboldt Forums		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		3
B3	AK Klimapolitik	
B3 Mieterstrom und PV-Anlagen in Berlin-Mitte ausbauen – jetzt!		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		4
B4	Abteilung 7 Bellevue	
B4 Änderung der Antrags- und Geschäftsordnung der Kreisdelegiertenversammlung der SPD Berlin-Mitte- und weiterer Fristen für ein beteiligungsorientiertes Beratungsverfahren der Anträge der Kreisdelegiertenversammlung der SPD-Mitte“		
<i>Überweisen an: Kreisvorstand (Konsens)</i>		6

L Anträge an den Landesparteitag 8

L1	16. Abteilung	
L1 Reduzierung des CO2 Verbrauchs von Superreichen		
.		8
L2	16. Abteilung	
L2 Mehr Schutz für Feuerwehren und Rettungsdienste bei gewalttätigen Angriffen		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		9
L3	SPD Rehberge	
L3 Gesicherte Versorgung für Betroffene von Genitalverstümmelung (FGM/C) in Deutschland		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		11
L4	Abteilung 7 Bellevue	
L4 Für ein neues Stadtquartier auf dem Zentralen Festplatz im Wedding		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		12
L5	AK Dekolonial	
L5 Kolonialrassismus in der Entwicklungszusammenarbeit: Erkennen, verstehen, handeln!		
<i>Annahme (Konsens)</i>		14

L6	ASF Mitte	
L6 Für Rechtsstaatlichkeit in der Einstellungspraxis im Schuldienst <i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		17
L7	Jusos Mitte	
L7 Für echte Parität in unserer Partei - FLINTA-Quote von 50 Prozent! <i>vom Antragsteller zurückgezogen</i>		19
L8	AK Klimapolitik	
L8 Mieterstrom und PV-Anlagen in Berlin ausbauen – jetzt! <i>vom Antragsteller zurückgezogen</i>		21
L9	SPD Alexanderplatz und PG Zeitenwende	
L9 Sozialdemokratische Friedenspolitik: Außen- und Sicherheitspolitik gestalten <i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		24

Ini Initiativanträge **34**

Ini1		
Ini1 Erhalt von Graffiti-Kunst in Mitte - Ersatzstandorte für „Hall of Fame Wedding“ freigegeben		34
Ini2		
Ini2 Wahlen 2026 vorbereiten		35

B Bezirksbezogene Anträge

B1

SPD Rehberge

Die KDV möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Berlin Mitte zur kinderfreundlichen Kommune machen

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Be-
2 zirksverordnetenversammlung von Mitte und
3 des Bezirksamtes von Mitte werden aufge-
4 fordert sich dafür einzusetzen, dass sich der
5 Bezirk Mitte um die Teilnahme an dem Pro-
6 gramm „Kinderfreundliche Kommune“ be-
7 wirbt.

8

9 Begründung

10 Eine kinderfreundliche Kommune orientiert
11 sich an den Interessen und Bedürfnissen
12 von Kindern und Jugendlichen. Das Ziel
13 des Programms „Kinderfreundliche Kom-
14 mune“ ist die konsequente Umsetzung der
15 UN-Kinderrechtskonvention auf kommu-
16 naler Ebene. Diese Konvention gibt den
17 gesetzlichen Auftrag, Kinderrechte adäquat
18 umzusetzen.

19 Kommunale Kinder- und Jugendpolitik muss
20 den Schutz, die Förderung und die Beteili-
21 gung von Kindern und Jugendlichen berück-
22 sichtigen. Viele deutsche Kommunen neh-
23 men bereits an dem Programm teil und haben
24 das Siegel als eine „kinderfreundliche Kom-
25 mune“ verliehen bekommen.

26 Kinderfreundlichkeit muss zum verbindli-
27 chen Auftrag für mehr Lebensqualität in
28 Berlin-Mitte werden und gemeinsam mit
29 dem **mit der Umsetzung des Programms**
30 **beauftragten** Verein Kinderfreundliche Kom-
31 munen e.V. sollen Konzepte zur Teilnahme
32 an diesem Vorhaben erarbeitet werden.
33 Nach der Beschlussfassung folgt die Be-
34 standsaufnahme und die Entwicklung eines
35 Aktionsplans, welcher auf den Ergebnis-
36 sen von Beteiligungsverfahren mit jungen
37 Menschen basiert und alle Politikfelder
38 betrifft.

39 Der Verein Kinderfreundliche Kommunen e.V.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Be-
zirksverordnetenversammlung von Mitte und
des Bezirksamtes von Mitte werden aufge-
fordert sich dafür einzusetzen, dass sich der
Bezirk Mitte um die Teilnahme an dem
Bundesprogramm „Kinderfreundliche Kom-
mune“ bewirbt.

40 kann bei der Planung und Umsetzung der Vor-
41 haben unterstützen.

B2**AK Klimapolitik****Die KDV möge beschließen:****Bepflanzung des Humboldt Forums**

1 Wir fordern, dass die Mitglieder des Abgeord-
2 netenhauses und die Bezirksamtsmitglieder
3 der SPD sich für die Begrünung des Humboldt
4 Forums einsetzen.

5 Es muss eine Bepflanzung des Forums er-
6 folgen und ein Verdunstungs- und Versicke-
7 rungskonzept entwickelt werden.

8

9

10

11 Begründung

12 Das Humboldt Forum ist ein Kulturzentrum
13 und Universalmuseum. Es liegt in dem Be-
14 zirk Mitte und lädt zur Konversation zwischen
15 Wissenschaft und Kunst ein. Umso wichtiger
16 ist es, hier ein intelligentes Konzept der Be-
17 pflanzung zu entwickeln.

18 Die Begrünung und Bepflanzung des Forums
19 auf der Vorder- und Hinterseite des Forums
20 dient der Verschattung.

21 Zudem muss ein Verdunstungs- und Versicke-
22 rungskonzept entwickelt werden.

23 Hierbei handelt es sich um eine notwendige
24 Maßnahme der Klimaanpassung.

25 Eine Bepflanzung der Fassade des Humboldt
26 Forums ist ein weiterer Schritt, um die Begrü-
27 nung des Forums zu beschleunigen.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Wir fordern, dass die **sozialdemokratischen**
Mitglieder des Abgeordnetenhauses und die
sozialdemokratischen Bezirksamtsmitglieder
sowie die sozialdemokratischen Mitglieder
der BVV sich für die Begrünung des Humboldt
Forums einsetzen.

Es muss eine Bepflanzung des Forums er-
folgen und ein Verdunstungs- und Versicke-
rungskonzept entwickelt werden.

B3**AK Klimapolitik****Die KDV möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Mieterstrom und PV-Anlagen in Berlin-Mitte ausbauen – jetzt!**

1 Der SPD Kreis Mitte fordert:
2 - dass das Bezirksamt Mitte die Eigentü-
3 mer bei Neubauten und Sanierungen auf die
4 Solarpflicht hinweist und die Einhaltung die-
5 ser Pflichten kontrolliert,
6 - eine regelmäßige durchgeführte Kontrolle
7 dieser Pflichten und das notwendige Personal
8 zur Verfügung zu stellen,
9 - dass das Bezirksamt verstärkt die rele-
10 vante Zielgruppe (Eigentümer, private Anbie-
11 ter) aktiv auf die Möglichkeiten und Vorteile
12 der Solardachbörse hinweist.

13

14 Begründung

15 Als Mieterstrom wird Strom bezeichnet, der
16 von Solaranlagen (PV-Anlagen) auf dem Dach
17 eines Wohngebäudes erzeugt und von dort
18 direkt (d. h. ohne Netzdurchleitung in die-
19 sem Gebäude bzw. im selben Quartier) ge-
20 liefert und verbraucht wird. Durch das Mo-
21 dell des Mieterstroms kann somit Strom von
22 Mieterinnen und Mietern selbst erzeugt wer-
23 den. Der direkte Strombezug ermöglicht sta-
24 bile Strompreise und damit eine Resilienz ge-
25 gen Preissteigerungen.

26 Doch es gibt gegen den Ausbau von Mieter-
27 strom erhebliche wirtschaftliche Hemmnis-
28 se. Die Installation von Photovoltaikanlagen
29 ist allgemein mit einem großen Planungs-
30 und damit Kostenaufwand verbunden. So
31 müssen beispielsweise Dachflächen auf ih-
32 re Tragfähigkeit und Beschaffenheit über-
33 prüft werden. Zudem werden zur Installati-
34 on von PV-Anlagen Fachkräfte benötigt, die
35 knapp und damit kostenaufwendig sind. In
36 Folge wirkt das Mieterstrommodell für den
37 Großteil der Gesellschaft unattraktiv, da der
38 Prozess- und Kostenaufwand abschreckt.

39 Neben den wirtschaftlichen Hemmnissen be-

Der SPD Kreis Mitte fordert:
- dass das Bezirksamt Mitte die Eigentü-
mer bei Neubauten und Sanierungen auf die
Solarpflicht hinweist und die Einhaltung die-
ser Pflichten kontrolliert,
- eine regelmäßige durchgeführte Kontrolle
dieser Pflichten und das notwendige Personal
zur Verfügung zu stellen,
- dass das Bezirksamt verstärkt die rele-
vante Zielgruppe (Eigentümer, private Anbie-
ter) aktiv auf die Möglichkeiten und Vorteile
der Solardachbörse hinweist.

40 stehen auch regulatorische Hemmnisse. Der
41 Mieterstrom darf bisher nicht durch das
42 öffentliche Netz geleitet werden. Dies er-
43 schwert es Wohnquartieren sich in Mieter-
44 stromkonstrukten zu vereinigen. Zur Vereini-
45 gung müssten dafür oft Netzanschlüsse von
46 Häusern zusammengelegt werden.
47 Das Hauptproblem in Mitte ist, dass der Ge-
48 schosswohnungsbau dominiert. Dieser ist je-
49 doch in Berlin nur zu 10% in öffentlicher Hand.
50 Die private Wohnungswirtschaft müsste für
51 den PV-Ausbau wesentlich stärker als derzeit
52 einbezogen werden, um das vorhandene So-
53 larpotential auszuschöpfen.

B4**Abteilung 7 Bellevue****Die KDV möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Kreisvorstand (Konsens)**

Änderung der Antrags- und Geschäftsordnung der Kreisdelegiertenversammlung der SPD Berlin-Mitte- und weiterer Fristen für ein beteiligungsorientiertes Beratungsverfahren der Anträge der Kreisdelegiertenversammlung der SPD-Mitte“

- 1 1. Die Antrags- und Geschäftsordnung der
- 2 SPD Berlin-Mitte wird in Punkt 6 wie
- 3 folgt geändert (alte Fassung durchge-
- 4 strichen): „Anträge müssen spätestens
- 5 zwei fünf Wochen vor der Kreisde-
- 6 legiertenversammlung beim Kreisvor-
- 7 stand eingereicht werden.“
- 8 2. Der Termin für die Beratung der An-
- 9 tragskommission ist mindestens fünf
- 10 Arbeitstage vor dem Termin der Kreis-
- 11 delegiertenversammlung (KDV) anzu-
- 12 setzen.
- 13 3. Das Antragsbuch ist mindestens 20 Ar-
- 14 beitstage vor dem Termin der Beratung
- 15 der Antragskommission zu versenden.
- 16 4. Der Versand erfolgt durch den Kreisvor-
- 17 stand direkt an alle SPD-Mitglieder des
- 18 Kreises. Die Zustellung erfolgt digital
- 19 per E-mail oder ggf. postalisch.

20 Die Möglichkeit, Initiativanträge zu stellen,
21 bleibt von diesen Regelungen unberührt. In-
22 itiativanträge dürfen nur zu Themen gestellt
23 werden, die in den letzten 5 Wochen vor
24 der Kreisdelegiertenversammlung akut ge-
25 worden und dringlich sind. Die Dringlichkeit
26 ist zu begründen.

27 Die Kreisdelegiertenversammlung regt dar-
28 über hinaus an, die Anträge strukturiert, kurz
29 und prägnant zu halten, d.h. nicht mehr als
30 drei Seiten umfassen. Der Beschlussvorschlag
31 ist deutlich von der Begründung zu trennen.

32

33 Begründung

34 Wir glauben, dass die Beratung der Anträ-
35 ge nicht ausschließlich den Delegierten der
36 KDV vorbehalten sein sollte, sondern allen
37 Mitgliedern ermöglicht werden muss. Dar-

38 aus ergibt sich, dass diese Beratung nicht erst
39 auf der KDV oder unmittelbar davor erfolgen
40 kann.

41 Es soll den Mitgliedern ausreichend Zeit für
42 das Lesen der Anträge gegeben werden, um
43 die politische Willensbildung zu ermöglichen.
44 Dies beinhaltet beispielsweise Recherchen
45 und den Austausch mit Anderen.

46 Hierbei ist zu bedenken, dass sowohl Dele-
47 gierte als auch Mitglieder der Partei i.d.R. er-
48 werbstätig sind und oft Familie und andere
49 private Verpflichtungen haben und die Partei-
50 arbeit ehrenamtlich betreiben.

51 Den Abteilungen soll die Möglichkeit der
52 inhaltlichen Debatte z.B. im Rahmen einer
53 Abteilungsversammlung ggf. mit Antragstel-
54 ler:innen gegeben werden. Ferner sollen die
55 Abteilungen in die Lage versetzt werden, ihre
56 Position ihre:n Delegierte:n für die Antrags-
57 kommission mitzuteilen.

58 Nicht alle Mitglieder haben Zugriff auf die di-
59 gitale Bereitstellung des Antragsbuchs. Da-
60 her muss für den postalischen Versand aus-
61 reichend Zeit eingeplant werden.

L Anträge an den Landesparteitag

L1

16. Abteilung

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:

Reduzierung des CO2 Verbrauchs von Superreichen

1 Wir fordern die sozialdemokratischen
2 Bundes- und Europaabgeordneten auf,
3 sich für eine schnelle Reduzierung des CO2
4 Verbrauchs von Superreichen einzusetzen.
5 Als schnelle und effektive Maßnahme
6 fordern wir u.a. ein sofortiges Verbot von
7 privaten Flugzeugen und Mega-Jachten in
8 Deutschland bzw. in ganz Europa sowie
9 eine Beschränkung klimaschädlicher Investitionsmöglichkeiten wie in Aktien fossiler
10 Energiewirtschaft. Einen eventuellen finanziellen CO2-Ausgleich durch Superreiche als
11 Alternative dazu lehnen wir ab.
12
13

14

15 Begründung

16 Eine zuletzt veröffentlichte Studie von Ox-
17 fam zeigt, dass die Reichsten der Welt zig-
18 fach mehr klimaschädliche Treibhausgase als
19 der Rest der Menschheit verursachen. Dagegen
20 bleiben die Pro-Kopf-Emissionen der ärmeren
21 Hälfte der Weltbevölkerung auch 2030
22 weit unter der angestrebten 1,5-Grad-Grenze.
23 Im Gegensatz dazu werden die reichsten zehn
24 Prozent voraussichtlich 2030 den Wert um
25 das Neunfache, das reichste Prozent sogar
26 um das 30-fache überschreiten.

27 Die Etablierung, Umsetzung und Kontrolle eines
28 finanzielles Ausgleichssystem für CO2 intensive
29 Luxusgüter und Investitionen wäre zu
30 aufwendig und würde angesichts der noch zu
31 verbleibenden Zeit zur Rettung des Klimas zu
32 lange dauern.

L2**16. Abteilung****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Mehr Schutz für Feuerwehren und Rettungsdienste bei gewalttätigen Angriffen**

1 Wir fordern die Berliner Senats-
 2 Innenverwaltung auf, für einen besseren
 3 Schutz von Rettungskräften in Feuerweh-
 4 ren und Rettungsdiensten einzustehen. Es
 5 braucht deshalb:

- 6 • eine bessere Personalausstattung der
 7 Feuerwehr- und Rettungswachen, um
 8 sich im Einsatz gegen mögliche At-
 9 tacken entsprechend gut schützen zu
 10 können
- 11 • noch mehr weiterführende Work-
 12 shops/Ausbildungsformate, die Ein-
 13 satzkräfte auf die schlimmen Attacken
 14 im Alltag vorbereiten, hierbei sind un-
 15 bedingt auch die Hilfsorganisationen
 16 sowie die Freiwilligen Feuerwehren mit
 17 zu berücksichtigen
- 18 • mehr psychologische Betreuungskräf-
 19 te, die nach Attacken für Reflexions-
 20 Gespräche bereitstehen und unmittel-
 21 bar danach „Hilfe für die Helfenden“
 22 leisten können
- 23 • die flächendeckende Ausstattung der
 24 Feuerwehren und Rettungsdienste mit
 25 Bodycams sowie ein Datenschutzkon-
 26 zept was den Einsatzkräften die Anwen-
 27 dung der Bodycam auch in geschlosse-
 28 nen, nichtöffentlichen Räumen sowie in
 29 der Versorgung von Patient:innen zu er-
 30 ermöglichen.
- 31 • eine konsequente Erstattung von Straf-
 32 anzeigen nach entsprechenden Angrif-
 33 fen auf die Berliner Feuerwehr und den
 34 Hilfsorganisationen (§114 StGB i.V.m.
 35 §115 StGB) und eine schnelle Strafverfol-
 36 gung sowie Verurteilung der Täter:in-
 37 nen.
- 38 • eine Berlin-weite Kampagne für mehr

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Wir fordern die Berliner Senats-
 Innenverwaltung auf, für einen besseren
 Schutz von Rettungskräften in Feuerweh-
 ren und Rettungsdiensten einzustehen. Es
 braucht deshalb:

- eine bessere Personalausstattung der
 Feuerwehr- und Rettungswachen, um
 sich im Einsatz gegen mögliche At-
 tacken entsprechend gut schützen zu
 können
- noch mehr weiterführende Work-
 shops/Ausbildungsformate, die Ein-
 satzkräfte auf die schlimmen Attacken
 im Alltag vorbereiten, hierbei sind un-
 bedingt auch die Hilfsorganisationen
 sowie die Freiwilligen Feuerwehren mit
 zu berücksichtigen
- mehr psychologische Betreuungskräf-
 te, die nach Attacken für Reflexions-
 Gespräche bereitstehen und unmittel-
 bar danach „Hilfe für die Helfenden“
 leisten können
- ~~die flächendeckende Ausstattung der
 Feuerwehren und Rettungsdienste
 mit Bodycams sowie ein
 Datenschutzkonzept was den
 Einsatzkräften die Anwendung der
 Bodycam auch in geschlossenen,
 nichtöffentlichen Räumen sowie in
 der Versorgung von Patient:innen zu
 ermöglichen.~~
- eine konsequente Erstattung von Straf-
 anzeigen nach entsprechenden Angrif-
 fen auf die Berliner Feuerwehr und den
 Hilfsorganisationen (§114 StGB i.V.m.
 §115 StGB) und eine schnelle Strafverfol-
 gung sowie Verurteilung der Täter:in-

39 Respekt gegenüber Feuerwehr- und
40 Rettungskräften, die Aufmerksamkeit
41 schafft und das Thema „Gewalt gegen
42 Rettungskräfte“ thematisiert und die
43 Berliner:innen sensibilisiert
44

45 **Begründung**

46 Nicht erst seit den Silvesterkrawallen in Berlin
47 ist klar – unsere Einsatz- und Rettungskräfte
48 – ob bei Berufsfeuerwehr, Freiwilliger Feuer-
49 wehr oder in den Hilfsorganisationen - riskie-
50 ren im Einsatz oft ihr Leib und Leben. Wir müs-
51 sen die Einsatzkräfte besser vor dieser Gefahr
52 von außen schützen und ihnen auch das Rüst-
53 zeug an die Hand geben, sich im Gefahrenfall
54 gut zu verhalten und sich angemessen schüt-
55 zen zu können. Denn Menschen, die sich für
56 unsere Gesellschaft einsetzen, dürfen nicht
57 Opfer von Gewalt werden. Es ist unsere Pflicht
58 als Sozialdemokrat:innen, die Helfer:innen zu
59 schützen und ihnen größtmöglichen Schutz
60 zu bieten.

nen.

- eine Berlin-weite Kampagne für mehr Respekt gegenüber Feuerwehr- und Rettungskräften, die Aufmerksamkeit schafft und das Thema „Gewalt gegen Rettungskräfte“ thematisiert und die Berliner:innen sensibilisiert

L3**SPD Rehberge****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Gesicherte Versorgung für Betroffene von Genitalverstümmelung (FGM/C) in Deutschland**

1 Wir bitten die SPD-Bundestagsfraktion zu
 2 prüfen, wie die Versorgung von Personen mit
 3 Genitalverstümmelung (FGM/C) in Deutsch-
 4 land insgesamt verbessert werden kann und
 5 ob genügend zielgerichtete Versorgungsan-
 6 gebote für diesen Personenkreis in Deutsch-
 7 land vorhanden sind.

8 Darüber hinaus sollte konkret geprüft wer-
 9 den, wie den besonderen Behandlungsbedar-
 10 fen der Betroffenen von Genitalverstümme-
 11 lung (FGM/C) entsprochen werden kann, oh-
 12 ne dass sich die behandelnden Personen ein-
 13 nem Regressrisiko von Seiten der Krankenkas-
 14 sen aussetzen.

15 Insbesondere ist zu prüfen, ob die besonde-
 16 ren Handlungsbedarfe im Einheitlichen Be-
 17 wertungsmaßstab (EBM) genügend Beach-
 18 tung finden, sodass eine wirtschaftliche Ver-
 19 sorgung ohne Regressrisiko stattfinden kann.
 20

21 Begründung

22 Personen, die Betroffene von Genitalverstüm-
 23 melung (FGM/C) geworden sind, leiden häu-
 24 fig unter Traumata und besonders ausge-
 25 prägten Schmerzen beim Geschlechtsverkehr,
 26 der Periode oder beim Wasserlassen sowie
 27 Komplikationen bei der Geburt. Daraus ergibt
 28 sich in der Regel ein besonderer gynäkologi-
 29 scher Behandlungsbedarf. Das derzeitige Ver-
 30 gütungssystem für ambulante ärztliche Lei-
 31 stungen deckt die speziellen Behandlungsbe-
 32 darfe dieser Personen nur unzureichend ab.
 33 Wie der Fall der Münchener Ärztin Dr. Eiman
 34 Tahir zeigt, setzen sich Gynäkolog*innen der-
 35 zeit einem erhöhten Risiko von Regressen aus,
 36 wenn Sie eine erhöhte Anzahl dieser Perso-
 37 nen ihren Bedarfen entsprechend behandeln.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die SPD-Bundestagsfraktion **soll** prüfen, wie
 die Versorgung von Personen mit Genitalver-
 stümmelung (FGM/C) in Deutschland insge-
 samt verbessert werden kann und ob genü-
 gend zielgerichtete Versorgungsangebote für
 diesen Personenkreis in Deutschland vorhan-
 den sind.

Darüber hinaus **soll** konkret geprüft wer-
 den, wie den besonderen Behandlungsbedar-
 fen der Betroffenen von Genitalverstümme-
 lung (FGM/C) entsprochen werden kann, oh-
 ne dass sich die behandelnden Personen ein-
 nem Regressrisiko von Seiten der Krankenkas-
 sen aussetzen.

Insbesondere ist zu prüfen, ob die besonde-
 ren Handlungsbedarfe im Einheitlichen Be-
 wertungsmaßstab (EBM) genügend Beach-
 tung finden, sodass eine wirtschaftliche Ver-
 sorgung ohne Regressrisiko stattfinden kann.

L4**Abteilung 7 Bellevue****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Für ein neues Stadtquartier auf dem Zentralen Festplatz im Wedding**

1 Die SPD Mitte bekräftigt vehement die Forde-
 2 rung der SPD zum Bau von 1500 – 2000 Woh-
 3 nungen auf dem zentralen Festplatz.

4

5 Begründung

6 Der Wohnungsbau hat für die SPD Berlin als
 7 Partei und größte Regierungsfraktion oberste
 8 Priorität. Um den aktuellen und den prognos-
 9 tizierten Bedarf an Wohnraum zu erfüllen,
 10 wollen wir daher insgesamt 200.000 neue
 11 Wohnungen bis zum Jahr 2030 bauen. Hier-
 12 für sind alle Flächenpotenziale in Betracht zu
 13 ziehen, die sich innerhalb der Stadtgrenzen
 14 befinden. Für eine klima- und umweltgerech-
 15 te Entwicklung neuer Stadtquartiere bieten
 16 sich dabei insbesondere auch solche Stand-
 17 orte an, die bereits versiegelt sind – so wie
 18 z.B. der Zentrale Festplatz. Auf dem 87.000
 19 m großen Gelände besteht nach aktuellen
 20 Erhebungen der zuständigen Senatsverwal-
 21 tung für Stadtentwicklung, Bauen und Woh-
 22 nen ein Wohnungsbaupotenzial zwischen
 23 1.500 und 2.000 Wohnungen. Die Erhebung
 24 erfolgte im Zusammenhang mit der im Ko-
 25 alitionsvertrag zwischen SPD, Grüne und Lin-
 26 ke vereinbarten Überarbeitung des Stadtent-
 27 wicklungsplans Wohnen, mit dem die Wohn-
 28 raumbedarfe und Baupotenziale landesweit
 29 dargestellt werden sollen.

30 Ebenfalls im Koalitionsvertrag vereinbart ist
 31 das Ziel der „Netto-Null-Versiegelung“ ab
 32 dem Jahr 2030. Für jede neue Versiegelung
 33 von Flächen durch den Bau neuer Häuser, wei-
 34 tere Straßen oder zusätzliche Gewerbehöfe
 35 müsste dafür an anderer Stelle versiegelter
 36 Boden wieder aufgebrochen werden (wie z.B.
 37 durch den Rückbau der A 103 oder A 104).
 38 Daher sollten bereits heute versiegelte gro-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats von Berlin werden aufgefordert, sich für eine Bebauung des Zentralen Festplatzes mit einem neuen Stadtquartier einzusetzen. Im Rahmen der Entwicklung des Gebietes ist eine ausgewogene Mischung aus Wohnen, Gewerbe, Kultur, Schule und sozialen Einrichtungen vorzusehen. Die Bebauung des Quartiers soll ausschließlich über landeseigene Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften oder andere gemeinwohlorientierte Unternehmen erfolgen. Zur besseren Erschließung dieses Stadtquartiers mit bis zu 2.000 Wohnungen für 4.000 Menschen ist zudem die Anbindung über den öffentlichen Nahverkehr zügig auszubauen. Hierzu ist im Rahmen der aktuellen Weiterentwicklung des Nahverkehrsplans des Landes Berlin eine Integration in das Netz der Straßenbahn verbindlich vorzusehen. Für die bisher auf dieser Fläche residierenden Schausteller ist ein geeigneter Ersatzstandort zu finden.

39 ße Flächen, wie der Zentrale Festplatz, primär
40 dazu genutzt werden, Menschen ein Zuhau-
41 se und ein lebenswertes Umfeld zu bieten.
42 Der Fortbestand des Festplatzes als Veran-
43 staltungsfläche für Großveranstaltungen ist
44 noch bis zum Jahr 2028 durch einen Bebau-
45 ungsplan sowie durch einen Mietvertrag gesi-
46 chert. Damit die Planung für die Entwicklung
47 des Stadtquartiers begonnen und zügig nach
48 2028 umgesetzt werden kann, muss jetzt die
49 Entscheidung getroffen werden. Das gilt für
50 die Bebauung mit einem gemischten Stadt-
51 quartier sowie insbesondere den erforderli-
52 chen Ausbau der verkehrlichen Anbindung.
53 Nur mit einer guten Verkehrsanbindung über
54 den öffentlichen Nahverkehr werden die dort
55 künftig lebenden Menschen in die Lage ver-
56 setzt, ohne eigenes Auto innerhalb der Stadt
57 mobil sein zu können.

L5**AK Dekolonial****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Kolonialrassismus in der Entwicklungszusammenarbeit: Erkennen, verstehen, handeln!****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

1 Seit Jahrzehnten fordern sowohl Akteur*in-
2 nen als auch Organisationen der Zivilgesell-
3 schaft - vor allem aus dem Globalen Süden -
4 eine Auseinandersetzung mit kolonialen Kon-
5 tinuitäten in der praktischen Umsetzung von
6 Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und hu-
7 manitärer Hilfe. Die weltweiten Black Lives
8 Matter Bewegungen haben diese Forderun-
9 gen in die Mitte der Gesellschaft hineingetra-
10 gen.

11 In den vergangenen Jahren erfolgten zu
12 diesem Themenkomplex Publikationen
13 von Nichtregierungsorganisationen, der
14 Fachpresse, als auch Aktivist*innen, die kri-
15 tisch und selbstreflexiv kolonialrassistische
16 Strukturen in der EZ bekunden. Die General-
17 versammlung der Vereinten Nationen hielt
18 Veranstaltungen zu diesem Thema ab. Das
19 Komitee für internationale Zusammenarbeit
20 des britischen House of Commons (Äqui-
21 valent zum Ausschuss für wirtschaftliche
22 Zusammenarbeit und Entwicklung / AWZ
23 im Deutschen Bundestag) veröffentlichte im
24 Jahr 2022 einen Report mit Empfehlungen an
25 die britische Regierung zum "Umgang mit
26 Rassismus in der Entwicklungszusammenar-
27 beit".

28 Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung
29 hält fest: "Wir wollen koloniale Kontinuitäten
30 überwinden, uns in Partnerschaft auf Augen-
31 höhe begegnen und veranlassen unabhängige
32 wissenschaftliche Studien zur Aufarbei-
33 tung des Kolonialismus". (S. 126 KOA Vertrag)

34 Eine sozialdemokratische und feministische
35 Entwicklungspolitik ist auch eine antirassisti-
36 sche und dekoloniale Entwicklungspolitik.

37 Aus diesem Grund fordern wir die Mitglie-

38 der der SPD-Bundestagsfraktion und das sozi-
39 aldemokratisch geführte Bundesministerium
40 für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ent-
41 wicklung (BMZ) dazu auf:

42 ein **Berichtswesen in Auftrag zu geben**, das
43 sich mit **kolonialen Kontinuitäten und Ras-**
44 **sismus in der deutschen Entwicklungszusam-**
45 **menarbeit auseinandersetzt**. Dieses soll sich
46 inhaltlich an dem Bericht des britischen Un-
47 terhauses orientieren und wissenschaftlich
48 unabhängig in Auftrag gegeben werden. Die-
49 ser regelmäßige Bericht soll sowohl die Praxis
50 des Ministeriums, der Durchführungsorgani-
51 sationen als auch weiterer Zuwendungsemp-
52 fänger*innen - insb. internationaler Nicht-
53 regierungsorganisationen (INRO) - zum Ge-
54 genstand haben. Interne Arbeitsgruppen des
55 Ministeriums sowie der Durchführungsor-
56 ganisationen und der Zivilgesellschaft, die
57 sich mit Kolonialrassismus auseinanderset-
58 zen, sollen in diesen Prozess genauso einbe-
59 zogen werden wie externe Fachpersonen des
60 Globalen Südens.

61 Konkrete Punkte und **Analysegegenstand** des
62 Berichtswesen müssen u.a. sein:

- 63 • **antirassistischer Prüfstand der Praxis**
64 **des Marketings von Zuwendungsemp-**
65 **fänger*innen** des BMZ im Bereich der
66 EZ inklusive Patenschaftsmodelle zur
67 Spendenmittelakquise
- 68 • **Vergleich der Entlohnungsstrukturen**
69 von lokalen und internationalen Fach-
70 kräften als auch sozialen Sicherungs-
71 systemen bzgl. äquivalenter Kompe-
72 tenz und Qualifikation
- 73 • **Zusammensetzung von Vorsitz und**
74 **Vorstand von INROs** hinsichtlich Diver-
75 sität und Ursprungsländern Globaler
76 Norden/Globaler Süden
- 77 • **Praxis der Wissensgenerierung und**
78 **Wissenshoheit** für Lösungsansätze in
79 der EZ bezüglich ihres Ursprungs und
80 Einbezuges Globaler Norden/Globaler
81 Süden
- 82 • **Überprüfung von flexiblen Finanzie-**
83 **rungsmechanismen** für lokale und re-

84 gionale Strukturen jenseits von Organi-
85 sationen mit Sitz im Globalen Norden
86 (“Lokalisierung”)

87 • Prüfung von internen **antirassis-**
88 **tischen Beschwerdemechanismen**
89 und Standards von Ministerien,
90 Durchführungsorganisationen und
91 Zuwendungsempfänger*innen.

92 • **Kritische Auseinandersetzung von ko-**
93 **lonialen Kontinuitäten in der Geschich-**
94 **te des BMZ** – dies schließt Sprache und
95 Verhalten vergangener Hausleitungen
96 mit ein

97

98 **Begründung**

99 Koloniale Kontinuitäten zeigen sich nicht
100 nur in einzelnen Gesellschaften, sondern in
101 der gesamten Weltordnung. Wie Macht und
102 Reichtum verteilt sind, wer als Nation aner-
103 kannt ist und wessen Stimme innerhalb der
104 internationalen Staatengemeinschaft gehört
105 wird, hängt mit der europäischen Kolonisie-
106 rung der Welt seit Ende des 15. Jahrhunderts
107 zusammen.

108 Bis heute manifestiert sich Kolonialrassismus
109 auch in der Praxis der Entwicklungszusam-
110 menarbeit: im Marketing, dem in der Öffent-
111 lichkeit propagierten Bild von passiven Op-
112 fern des Globalen Südens und Helfer*innen
113 des Globalen Nordens. Damit blendet es ma-
114 kropolitische Gründe für globale Armut aus
115 und trägt zu rassistischen Vorurteilen bei.

116 Rassismus und koloniale Kontinuitäten
117 sind weiterhin ein großer Bestandteil von
118 Entwicklungszusammenarbeit: in Sprache,
119 Machtstrukturen, den umsetzenden Or-
120 ganisationen, Finanzierungsinstrumenten
121 und Ungleichheit in der Wissenshoheit von
122 Lösungsansätzen.

123 Ein vom BMZ in Auftrag gegebenes Berichts-
124 wesen hat zum Ziel, dies darzulegen und ers-
125 te Schritte im Umgang hiermit aufzuweisen.

L6

ASF Mitte

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Für Rechtsstaatlichkeit in der Einstellungspraxis im Schuldienst

1 §2 des „*Gesetz zur Schaffung eines Gesetzes*
 2 *zu Artikel 29 der Verfassung von Berlin und*
 3 *zur Änderung des Kindertagesbetreuungsge-*
 4 *setzes*“ (Neutralitätsgesetz) ist in der Praxis
 5 ein pauschales Kopftuchverbot und damit,
 6 wie vom Bundesverfassungsgericht bereits
 7 2015 entschieden, verfassungswidrig.

8 Das Bundesverfassungsgericht stellte 2015
 9 klar, dass eine konkrete Gefährdung des
 10 Schulfriedens vorliegen muss. Bis heute gibt
 11 es keine wissenschaftlich fundierten Belege
 12 dafür, dass Lehrerinnen und Pädagoginnen
 13 mit Kopftuch an Berliner Schulen den Schul-
 14 frieden gefährden.

15 Daher fordern wir die sozialdemokratischen
 16 Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des
 17 Senats auf, rechtsstaatliche Prinzipien durch-
 18 zusetzen und eine Abschaffung des Gesetzes
 19 in die Wege zu leiten, damit eine verfassungs-
 20 konforme und diskriminierungsfreie Einstel-
 21 lungspraxis gewährleistet werden kann und
 22 auf diese Weise dem strukturellen Rassis-
 23 mus und der strukturellen Benachteiligung
 24 von Kopftuch-tragenden Frauen entgegen-
 25 wirkt wird.

26

Begründung

28 Wir Sozialdemokrat*innen bekämpfen jede
 29 Form von Diskriminierung, sei es aufgrund
 30 der Klasse, des Geschlechts oder der Her-
 31 kunft. Das Neutralitätsgesetz steht dem ent-
 32 gegen, da es eine spezifische Gruppe auf-
 33 grund ihres Geschlechts und ihrer Religion
 34 diskriminiert. Mehrere gerichtliche Instanzen
 35 haben geurteilt und den präventiven Aus-
 36 schluss von Frauen mit Kopftuch als diskrimi-
 37 nierend und somit als rechtswidrig erklärt.

38 Wir Sozialdemokrat*innen setzen uns auf al-

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

§ 2 des sog. Berliner Neutralitätsgesetzes ist
 in der Praxis ein pauschales Kopftuchverbot
 und damit, wie vom Bundesverfassungsge-
 richt bereits 2015 entschieden, verfassungs-
 widrig.

Das Bundesverfassungsgericht stellte 2015
 klar, dass eine konkrete Gefährdung des
 Schulfriedens vorliegen muss. Bis heute gibt
 es keine wissenschaftlich fundierten Belege
 dafür, dass Lehrerinnen und Pädagoginnen
 mit Kopftuch an Berliner Schulen den Schul-
 frieden gefährden.

Daher fordern wir die sozialdemokratischen
 Mitglieder des Abgeordnetenhauses und
 des Senats auf, rechtsstaatliche Prinzipi-
 en durchzusetzen und eine Reformierung
 Abschaffung § 2 des Gesetzes in die Wege
 zu leiten, damit eine verfassungskonforme
 und diskriminierungsfreie Einstellungspra-
 xis gewährleistet werden kann und auf
 diese Weise dem strukturellen Rassismus
 und der strukturellen Benachteiligung von
 Kopftuch-tragenden Frauen entgegenwirkt
 wird.

39 len politischen Ebenen mit zahlreichen Maß-
40 nahmen gezielt für die strukturelle Öffnung
41 des öffentlichen Dienstes für benachteiligte
42 Gruppen ein. Ausgehend von unserem sozial-
43 demokratischen Menschenbild, müssen Per-
44 sonen, die für den Staat arbeiten, charak-
45 terlich eine Neutralität wahren und dürfen
46 anderen ihren eigenen Lebensentwurf nicht
47 aufzwingen wollen. Die charakterliche Eig-
48 nung für den öffentlichen Dienst muss daher
49 bei der Einstellung, Ausbildung und auch im
50 Dienst überprüft werden und kann nicht pau-
51 schal aufgrund von Kopfbedeckungen erfol-
52 gen.

L7

Jusos Mitte

Die KDV möge beschließen:**Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Für echte Parität in unserer Partei - FLINTA-Quote von 50 Prozent!****Empfehlung der Antragskommission
vom Antragsteller zurückgezogen**

1 Bisher wird in der SPD und bei den Jusos eine
2 Geschlechterquote von 40% verfolgt. In un-
3 serer Gesellschaft leben aber nun mal knapp
4 über 50% FLINTA, also Frauen, Inter-, nicht-
5 binäre-, Trans-, und Agenderpersonen. Unser
6 Ziel muss es sein, die gesellschaftliche Real-
7 tät in unserer Partei abzubilden. Daher wird
8 es Zeit, alle Geschlechter endlich angemessen
9 in unseren parteiinternen Quoten zu berück-
10 sichtigen!

11 Es darf nicht sein, dass in einer Welt, in der
12 Männer in Entscheidungspositionen in der
13 Politik, Wirtschaft und anderen Schlüsselpo-
14 sitionen in der Gesellschaft so überrepräsen-
15 tiert sind, die Geschlechterquote in unserer
16 Partei so unambitioniert bleibt.

17 Wenn sich mehr FLINTA als Männer für ein
18 Gremium in der SPD oder bei den Jusos be-
19 werben, darf dies nicht länger ein statuari-
20 sches Problem sein. Wenn sich FLINTA in der
21 Partei engagieren wollen, sollten diese un-
22 terstützt und empowert fühlen, anstatt we-
23 gen einer Geschlechterquote an ihrem Enga-
24 gement gehindert zu werden.

25 Es darf nicht unser Anspruch sein, dass die
26 Gremien und Listen in unserer Partei nicht pa-
27 ritätisch, sondern nur mit 40% Frauen besetzt
28 sein sollen. Für uns als feministische Partei
29 sollte es selbstverständlich sein, mindestens
30 absolute Parität parteiintern zu fordern.

31 In anderen feministischen Parteien ist es be-
32 reits geübte Praxis, dass es eine FLINTA-Quote
33 von 50% gibt und die übrigen Plätze ge-
34 schlechteroffen, statt wie in der SPD für Män-
35 ner reserviert, sind. Diese Regelung brauchen
36 wir auch in der SPD.

37 **Daher fordern wir eine parteiinterne FLINTA-**

38 **Quote von 50%, statt der bisherigen Ge-**
39 **schlechterquote von 40%, in allen Gremien**
40 **der SPD und der Jusos, sowie bei Listenauf-**
41 **stellungen für Wahlen.**

42

43 **Stellungnahme zum Antrag L1 2022/I KDV**
44 **„Für eine echte Parität in unserer Partei –**
45 **FLINTA-Quote von 50 Prozent!“**

46 Der Vorstand der ASF Berlin-Mitte lehnt den
47 Antrag L1 2022/I KDV mit folgenden Argu-
48 menten ab:

49 • Der Antrag ist nicht erforderlich, weil das
50 Statut die erforderlichen Regelungen enthält,
51 und zwar mit höherer Quotierung als gefor-
52 dert; • das Verständnis von Quoten aus dem
53 Organisationsstatut sollte beachtet werden.
54 Es wird von einer Geschlechterquote von min-
55 destens 40% gesprochen; • im Antrag werden
56 verschiedene Ebenen miteinander verknüpft:
57 (1) 50%-50%-Debatte und (2) Integration und
58 Schutz von Minderheiten; • der Argumentati-
59 onsstrang ist nicht schlüssig und bildet nicht
60 die statistische „Geschlechteridentifikation“
61 ab. Schließlich ist die 50%-Quote aus unserer
62 Sicht ein Nachteil zur aktuell geltenden Quo-
63 te.

64 Wir sprechen uns für eine Durchsetzung
65 der aktuell geltenden Regelungen aus, in
66 der eine 40-60-Geschlechterquote Anwen-
67 dung findet. Wir regen an, dass das Statut
68 der Bundes-SPD eine Kategorisierung nach
69 m/w/d vorsieht, um durch die Kategorie di-
70 vers inter, nicht-binäre und agender Men-
71 schen zu berücksichtigen. Daran soll sich die
72 Praxis, auch in der Geschlechterquote, orien-
73 tieren.

74

75

76

L8**AK Klimapolitik****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Mieterstrom und PV-Anlagen in Berlin ausbauen – jetzt!**

1 Als Mieterstrom wird Strom bezeichnet, der
 2 von Solaranlagen (PV-Anlagen) auf dem Dach
 3 eines Wohngebäudes erzeugt und von dort
 4 direkt (d. h. ohne Netzdurchleitung in die-
 5 sem Gebäude bzw. im selben Quartier) ge-
 6 liefert und verbraucht wird. Durch das Mo-
 7 dell des Mieterstroms kann somit Strom von
 8 Mieterinnen und Mietern selbst erzeugt wer-
 9 den. Der direkte Strombezug ermöglicht sta-
 10 bile Strompreise und damit eine Resilienz ge-
 11 gen Preissteigerungen.

12 Doch es gibt gegen den Ausbau von Mieter-
 13 strom erhebliche wirtschaftliche Hemmnisse.
 14 Die Installation von Photovoltaikanlagen
 15 ist allgemein mit einem großen Planungs-
 16 und damit Kostenaufwand verbunden. So
 17 müssen beispielsweise Dachflächen auf ih-
 18 re Tragfähigkeit und Beschaffenheit über-
 19 prüft werden. Zudem werden zur Installati-
 20 on von PV-Anlagen Fachkräfte benötigt, die
 21 knapp und damit kostenaufwendig sind. In
 22 Folge wirkt das Mieterstrommodell für den
 23 Großteil der Gesellschaft unattraktiv, da der
 24 Prozess- und Kostenaufwand abschreckt.

25 Oft besteht bei den Mietern ein Informations-
 26 defizit, sodass diese Möglichkeit des Zusam-
 27 menschlusses unbekannt bleibt. Darüber hin-
 28 aus wäre eine unkompliziertere Beteiligungs-
 29 möglichkeit an Mieterstrom anderer Gemein-
 30 schaften bzw. Wohneinheiten erforderlich.

31 Vor allem kleinen Mehrfamilienhäusern ist
 32 die Umsetzung des momentanen Mieter-
 33 strommodells nicht zuzumuten. Selbst pro-
 34 fessionelle Anbieter wollen sich laut Umfra-
 35 gen kaum bei der Umsetzung des Mieter-
 36 strommodells für kleine Mehrfamilienhäu-
 37 ser beteiligen, obwohl diese ein bedeutendes
 38 Marktsegment bilden.

**Empfehlung der Antragskommission
vom Antragsteller zurückgezogen****Wir fordern:**

- dass die SPD sich dafür einsetzt, dass **die fachlich zuständige Senatsverwaltung** eine Ausschreibung mit festgelegten, **konzeptionell unterlegten** Ausbauzielen **durchführt**, bei der sich Anbieterunternehmen für eine Klimapartnerschaft zum Ausbau von PV- Anlagen oder des Mieterstrommodells für das Land Berlin bewerben können,
- dass als Anreiz für Solarunternehmen eine Auszeichnung bzw. Preisgeld für den zubaustärksten Anbieter / Handwerksbetrieb für PV-Anlagen in Berlin geschaffen wird,
- dass ein Echtzeitmonitoring zum Ausbau der bis 2050 vorgenommenen 7000 PV-Anlagen (= 150 MW pro Jahr, 30 PV-Anlagen pro Tag) geschaffen wird, um das bislang ausgeschöpfte Berliner Solarpotential kontinuierlich bewerten zu können,
- eine **verpflichtende** Beschleunigung und Förderung des Ausbaus von PV-Anlagen bei Neubauten und zu sanierenden Gebäuden,
- das Bewerben der Berliner Solardachbörse,
- Kampagne zur Förderung von Mieterstromgemeinschaften starten, um bei den Bürgerinnen und Bürgern auf die Möglichkeit des Mieterstroms und die Vorteile aufmerksam zu machen.

39 Der Mieterstrom kann jedoch ein wichtiger
40 Baustein zur Energiewende in der Hauptstadt
41 werden, da über 50% des potentiellen Berli-
42 ner Solarstroms auf Wohngebäude entfällt.

43 Der Arbeitskreis Klimapolitik der SPD Berlin-
44 Mitte fordert daher:

45 - dass die SPD sich dafür einsetzt, dass
46 der Senat für Wirtschaft eine Ausschreibung
47 mit festgelegten Ausbauzielen ausstellt, bei
48 der sich Anbieterunternehmen für eine Kli-
49 mapartnerschaft zum Ausbau von PV- An-
50 lagen oder des Mieterstrommodells für das
51 Land Berlin bewerben können,

52 - dass als Anreiz für Solarunternehmen ei-
53 ne Auszeichnung bzw. Preisgeld für den zu-
54 baustärksten Anbieter / Handwerksbetrieb
55 für PV-Anlagen in Berlin geschaffen wird,

56 - dass ein Echtzeitmonitoring zum Aus-
57 bau der bis 2050 vorgenommenen 7000 PV-
58 Anlagen (= 150 MW pro Jahr, 30 PV- Anla-
59 gen pro Tag) geschaffen wird, um das bislang
60 ausgeschöpfte Berliner Solarpotential konti-
61 nuierlich bewerten zu können,

62 - eine Beschleunigung und Förderung des
63 Ausbaus von PV-Anlagen bei Neubauten und
64 zu sanierenden Gebäuden,

65 - das Bewerben der Berliner Solardachbör-
66 se,

67 - Kampagne zur Förderung von Mieter-
68 stromgemeinschaften starten, um bei den
69 Bürgerinnen und Bürgern auf die Möglichkeit
70 des Mieterstroms und die Vorteile aufmerk-
71 sam zu machen.

72

73 **Begründung**

74 Als Mieterstrom wird Strom bezeichnet, der
75 von Solaranlagen (PV-Anlagen) auf dem Dach
76 eines Wohngebäudes erzeugt und von dort
77 direkt (d. h. ohne Netzdurchleitung in die-
78 sem Gebäude bzw. im selben Quartier) ge-
79 liefert und verbraucht wird. Durch das Mo-
80 dell des Mieterstroms kann somit Strom von
81 Mieterinnen und Mietern selbst erzeugt wer-
82 den. Der direkte Strombezug ermöglicht sta-
83 bile Strompreise und damit eine Resilienz ge-
84 gen Preissteigerungen.

85 Doch es gibt gegen den Ausbau von Mieter-
86 strom erhebliche wirtschaftliche Hemmnis-
87 se. Die Installation von Photovoltaikanlagen
88 ist allgemein mit einem großen Planungs-
89 und damit Kostenaufwand verbunden. So
90 müssen beispielsweise Dachflächen auf ih-
91 re Tragfähigkeit und Beschaffenheit über-
92 prüft werden. Zudem werden zur Installati-
93 on von PV-Anlagen Fachkräfte benötigt, die
94 knapp und damit kostenaufwendig sind. In
95 Folge wirkt das Mieterstrommodell für den
96 Großteil der Gesellschaft unattraktiv, da der
97 Prozess- und Kostenaufwand abschreckt.
98 Oft besteht bei den Mietern ein Informations-
99 defizit, sodass diese Möglichkeit des Zusam-
100 menschlusses unbekannt bleibt. Darüber hin-
101 aus wäre eine unkompliziertere Beteiligungs-
102 möglichkeit an Mieterstrom anderer Gemein-
103 schaften bzw. Wohneinheiten erforderlich.
104 Vor allem kleinen Mehrfamilienhäusern ist
105 die Umsetzung des momentanen Mieter-
106 strommodells nicht zuzumuten. Selbst pro-
107 fessionelle Anbieter wollen sich laut Umfra-
108 gen kaum bei der Umsetzung des Mieter-
109 strommodells für kleine Mehrfamilienhäu-
110 ser beteiligen, obwohl diese ein bedeutendes
111 Marktsegment bilden.
112 Der Mieterstrom kann jedoch ein wichtiger
113 Baustein zur Energiewende in der Hauptstadt
114 werden, da über 50% des potentiellen Berli-
115 ner Solarstroms auf Wohngebäude entfällt.

L9**SPD Alexanderplatz und PG Zeitenwende****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Sozialdemokratische Friedenspolitik: Außen- und Sicherheitspolitik gestalten****1 Sozialdemokratische Friedenspolitik: Außen- und Sicherheitspolitik gestalten****1. Unsere Ausgangslage**

Der brutale Überfall Russlands auf die gesamte Ukraine im Februar 2022 markierte eine Zäsur für die deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Der Krieg und die Verübung grausamer Kriegsverbrechen durch die russischen Besatzer führen dazu, dass Millionen Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen. Laut den Vereinten Nationen sind insgesamt rund acht Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Es gibt rund sechs Millionen Binnenvertriebene. Die russische Kriegsführung trifft zielgerichtet die ukrainische Bevölkerung und zerstört die zivile Infrastruktur. Es gilt - gemeinsam und abgestimmt im Verbund der EU und NATO - die Ukraine bei der Selbstverteidigung zu unterstützen, der ukrainischen Bevölkerung zu helfen und Russland die Konsequenzen seines imperialistischen Angriffskrieges deutlich zu machen.

Die durch den Angriffskrieg entstandenen Herausforderungen an Deutschland und seine Partner hat Bundeskanzler Olaf Scholz mit dem Begriff "Zeitenwende" betitelt. Zeitenwende wird hierbei als eine grundlegende Änderung der europäischen Sicherheitsordnung verstanden. Der Begriff Zeitenwende ist nicht unumstritten. Unstrittig dürfte jedoch sein, dass die Sozialdemokratie intensiver diskutieren muss, welchen außenpolitischen Weg sie in Zukunft einschlagen muss. Hierzu gehört unzweifelhaft nicht nur eine Aufarbeitung der Russlandpolitik, sondern auch eine kritische Überprüfung der gesamten Außen- und Sicherheitspolitik der letz-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****1. Unsere Ausgangslage**

Der brutale Überfall Russlands auf die gesamte Ukraine im Februar 2022 markierte eine Zäsur für die deutsche, europäische **und internationale** Außen- und Sicherheitspolitik. Der Krieg und die Verübung grausamer Kriegsverbrechen durch die russischen Besatzer führen dazu, dass Millionen Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen. Laut den Vereinten Nationen sind insgesamt rund acht Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Es gibt rund sechs Millionen Binnenvertriebene (**jew. Stand 14.1.2023**). Die russische Kriegsführung trifft zielgerichtet die ukrainische Bevölkerung und zerstört die zivile Infrastruktur. Es gilt - gemeinsam und abgestimmt im Verbund der EU und NATO - die Ukraine bei der Selbstverteidigung zu unterstützen, der ukrainischen Bevölkerung zu helfen und Russland **völkerrechtlich für seinen imperialistischen Angriffskrieg zur Verantwortung zu ziehen**.

Die durch den Angriffskrieg entstandenen Herausforderungen an Deutschland und seine Partner hat Bundeskanzler Olaf Scholz mit dem Begriff "Zeitenwende" betitelt. Zeitenwende wird hierbei als eine grundlegende Änderung der europäischen Sicherheitsordnung verstanden. Der Begriff Zeitenwende ist nicht unumstritten. Unstrittig dürfte jedoch sein, dass die Sozialdemokratie intensiver diskutieren muss, welchen außenpolitischen Weg sie in Zukunft einschlagen muss. Hierzu gehört unzweifelhaft nicht nur eine Aufarbeitung der Russlandpolitik, sondern auch eine kritische Überprüfung der gesamten Außen- und Sicherheitspolitik der letz-

38 ten Jahrzehnte. Hinterfragt werden muss das
 39 Hinnehmen des Sterbens von geflüchteten
 40 Menschen an Europas Außengrenzen. Auch
 41 Auslandseinsätze wie zum Beispiel in Afgha-
 42 nistan oder Mali müssen im Hinblick auf Ziel-
 43 setzung, Folgen und Konsequenzen sowie die
 44 Qualität der nationalen und europäischen Ka-
 45 pazitäten zur Landes- und Bündnisverteidi-
 46 gung analysiert werden.

47 Die SPD muss als Friedenspartei die Leitplan-
 48 ken und Möglichkeiten der aktuellen Außen-
 49 und Sicherheitspolitik überprüfen und festle-
 50 gen, wie sie sich in den nächsten Jahren und
 51 Jahrzehnten aufstellen möchte. Dieser Pro-
 52 zess muss durch einen umfassenden Diskus-
 53 sionsprozess in der Partei begleitet werden.
 54 Dieser Antrag ist ein Beitrag zur Debatte um
 55 die zukünftige Ausrichtung sozialdemokrati-
 56 scher Außen- und Sicherheitspolitik.

57 **2. Unsere Säulen sozialdemokratischer** 58 **Außen- und Sicherheitspolitik**

59 Die Friedens- und Sicherheitspolitik der Sozi-
 60 aldemokratie ruht auf einem festen Funda-
 61 ment, wie es in der allgemeinen Erklärung
 62 der Menschenrechte mit dem Recht auf Le-
 63 ben, Freiheit und Sicherheit aller Menschen
 64 festgeschrieben wurde. Willy Brandt hat das
 65 Ziel der weltweiten „Freiheit von Not und
 66 von Furcht“ abgeleitet. Dies bleibt unser An-
 67 spruch.

68 Diese Freiheit wird im Kern gefährdet durch
 69 weltweite Entwicklungen: durch wachsende
 70 soziale Ungleichheiten - national und glo-
 71 bal -, humanitäre Krisen, die Rückkehr des
 72 Rechts des Stärkeren in Form von Autokra-
 73 tien und Diktatoren. Sie ist ebenso bedroht
 74 durch den systematischen Abbau bürgerli-
 75 cher Freiheiten und die Untergrabung der
 76 Menschenrechte, durch existenzielle Bedro-
 77 hungen für diejenigen, die unabhängig jour-
 78 nalistisch arbeiten, und Einschränkungen in
 79 der Unabhängigkeit von Gerichten, Recht-
 80 sprechung und Wahlverfahren für Richterin-
 81 nen und Richter. Grundlage einer gedeihli-
 82 chen Entwicklung sind offene Gesellschaf-
 83 ten, die ihren Mitgliedern den Kampf für ihre

ten Jahrzehnte. Hinterfragt werden muss das
 Hinnehmen des Sterbens von geflüchteten
 Menschen an Europas Außengrenzen. Auch
 Auslandseinsätze wie zum Beispiel in Afgha-
 nistan oder Mali müssen im Hinblick auf Ziel-
 setzung, Folgen und Konsequenzen sowie die
 Qualität der nationalen und europäischen Ka-
 pazitäten zur Landes- und Bündnisverteidi-
 gung analysiert werden.

Die SPD muss als Friedenspartei die Leitplan-
 ken und Möglichkeiten der aktuellen Außen-
 und Sicherheitspolitik überprüfen und festle-
 gen, wie sie sich in den nächsten Jahren
 und Jahrzehnten aufstellen möchte. Dieser
 Prozess muss durch einen umfassenden Dis-
 kussionsprozess in der Partei begleitet wer-
 den. Dieser Antrag ist ein Beitrag zur **not-**
wendigen breiten Debatte um die zukünftige
 Ausrichtung sozialdemokratischer Außen-
 und Sicherheitspolitik.

2. Unsere Säulen sozialdemokratischer **Außen- und Sicherheitspolitik**

Die Friedens- und Sicherheitspolitik der Sozi-
 aldemokratie ruht auf einem festen Funda-
 ment, wie es in der allgemeinen Erklärung
 der Menschenrechte mit dem Recht auf Le-
 ben, Freiheit und Sicherheit aller Menschen
 festgeschrieben wurde. Willy Brandt hat das
 Ziel der weltweiten „Freiheit von Not und
 von Furcht“ abgeleitet. Dies bleibt unser An-
 spruch.

Diese Freiheit wird im Kern gefährdet durch
 weltweite Entwicklungen: durch wachsen-
 de soziale Ungleichheiten - national und
 global -, humanitäre Krisen, die Rückkehr
~~des Rechts des Stärkeren in Form~~ von Auto-
 kratien und Diktaturen. Sie ist ebenso be-
 droht durch den systematischen Abbau bür-
 gerlicher Freiheiten und die Untergrabung
 der Menschenrechte, durch existenzielle Be-
 drohungen für diejenigen, die unabhängig
 journalistisch arbeiten, und Einschränkungen
 in der Unabhängigkeit von Gerichten, Recht-
 sprechung und Wahlverfahren für Richterin-
 nen und Richter. Grundlage einer gedeihli-
 chen Entwicklung sind offene Gesellschaf-

84 Rechte ermöglichen. Ohne die Gleichheit der
85 Rechte aller Menschen bleibt Freiheit von Not
86 und Furcht nur Stückwerk.

87 Die Freiheit von Not und Furcht wird auch
88 bedroht durch die fortschreitende Klimakrise,
89 die Menschen ihre Existenzgrundlage nimmt
90 und vielen Millionen weiteren zu nehmen
91 droht.

92 Unser Verständnis von Außen- und Sicher-
93 heitspolitik ist breit, weil wir nicht auf eine
94 kurzfristige sektoral begrenzte, sondern ei-
95 ne langfristige und wertorientierte Perspek-
96 tive setzen, die ein friedliches, respektvol-
97 les Miteinander ermöglichen: Es muss neben
98 den u.U. lebensrettenden Erfordernissen von
99 Schutz und Verteidigung stets die langfris-
100 tige menschliche Sicherheit aller - insbeson-
101 dere von Frauen, Kindern und marginalisier-
102 ten Gruppen - mitdenken, die Folgen für En-
103 ergieverbrauch und fortschreitenden Klima-
104 wandel, die Folgen für wirtschaftliche Bezie-
105 hungen und den Ausbau von sozialen und po-
106 litischen Menschenrechten gerade auch im
107 globalen Süden.

108 Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine
109 hat Russland die kollektive Sicherheitsord-
110 nung Europas nach der Schlussakte von Hel-
111 sinki 1975 verlassen. Wir haben seit 2014 ge-
112 lernt, dass Verflechtung durch Handel keinen
113 Frieden in Europa und auch anderswo garan-
114 tiert.

115

116 Eine sozialdemokratische Friedens- und Si-
117 cherheitspolitik erfordert also eine stetig
118 entlang transparenter Kriterien und Werte
119 weiterzuentwickelnde und anpassungsfähige
120 Strategie. Ihr zugrunde liegt eine ganzheit-
121 liche Herangehensweise, in die Sachstände,
122 Bewertungen und strategische Vorausschau
123 aus allen relevanten Ministerien kontinuier-
124 lich einfließen und auf allen Ebenen mitein-
125 ander abgestimmt werden (sog. Vernetzter
126 Ansatz). Für sein Gelingen muss die Bundes-
127 regierung die notwendigen institutionellen
128 Strukturen schaffen.

129 Wir sehen folgende **Prüfsteine** als wesentlich

ten, die ihren Mitgliedern den Kampf für ihre
Rechte ermöglichen. Ohne die Gleichheit der
Rechte aller Menschen bleibt Freiheit von Not
und Furcht nur Stückwerk.

Die Freiheit von Not und Furcht wird auch
bedroht durch die fortschreitende Klimakrise,
die Menschen ihre Existenzgrundlage nimmt
und vielen Millionen weiteren zu nehmen
droht.

Unser Verständnis von Außen- und Sicher-
heitspolitik ist breit, weil wir nicht auf eine
kurzfristige sektoral begrenzte, sondern ei-
ne langfristige und wertorientierte Perspek-
tive setzen, die ein friedliches, respektvol-
les Miteinander ermöglichen: Es muss neben
den u.U. lebensrettenden Erfordernissen von
Schutz und Verteidigung stets die langfris-
tige menschliche Sicherheit aller - insbeson-
dere von Frauen, Kindern und marginalisier-
ten Gruppen - mitdenken, die Folgen für En-
ergieverbrauch und fortschreitenden Klima-
wandel, die Folgen für wirtschaftliche Bezie-
hungen und den Ausbau von sozialen und po-
litischen Menschenrechten gerade auch im
globalen Süden.

Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine
hat Russland **das internationale Völkerrecht
gebrochen und** die kollektive Sicherheitsord-
nung Europas nach der Schlussakte von Hel-
sinki 1975 verlassen. **Spätestens seit 2014 ist
deutlich**, dass die Verflechtung durch **Wirt-
schaftsbeziehungen** keinen Frieden in Europa
und auch anderswo garantiert.

Eine sozialdemokratische Friedens- und Si-
cherheitspolitik erfordert also eine stetig
entlang transparenter Kriterien und Werte
weiterzuentwickelnde und anpassungsfähige
Strategie. Ihr zugrunde liegt eine ganzheit-
liche Herangehensweise, in die Sachstände,
Bewertungen und strategische Vorausschau
aus allen relevanten Ministerien kontinuier-
lich einfließen und auf allen Ebenen mitein-
ander abgestimmt werden (sog. Vernetzter
Ansatz). Für sein Gelingen muss die Bundes-
regierung die notwendigen institutionellen
Strukturen schaffen.

130 für eine langfristig erfolgreiche sozialdemo-
 131 kratische Friedens- und Sicherheitspolitik an:
 132 • Aus den historischen deutschen Erfah-
 133 rungen des 20. Jahrhunderts gespeis-
 134 te bewährte **Zurückhaltung** im Einsatz
 135 militärischer Mittel, eine Stärkung und
 136 Weiterentwicklung des Völkerrechts so-
 137 wie eine langfristige und vorausschau-
 138 ende Friedenssicherung.

139 • Enge und frühzeitige, kontinuierliche
 140 **Abstimmung** mit den Bündnispartnern
 141 in EU und NATO unter Einbeziehung
 142 der jeweiligen Interessen der Partner
 143 sowie eine in Absprache mit den Part-
 144 nern komplementäre und arbeitsteilige
 145 Schwerpunktsetzung der deutschen Fä-
 146 higkeiten zur Landes- und Bündnisver-
 147 teidigung.

148 • Strategisch breit fundierte und jeden
 149 **Einzelfall** abwägende Entscheidungs-
 150 findung. Offene Kommunikation, ge-
 151 rade auch über das Lernen aus Feh-
 152 lern und Fähigkeit zur Selbstkritik und
 153 Selbstkorrektur.

154 • Aufrechterhaltung von **Gesprächskanä-**
 155 **len** auch mit politischen Akteuren, die
 156 nicht entsprechend unserem Wertesys-
 157 tem oder sogar völkerrechtsverletzend
 158 handeln, um zu jedem wünschenswer-
 159 ten Zeitpunkt diplomatische Schritte
 160 gehen zu können, bei gleichzeitiger ma-
 161 ximaler Klarheit über den eigenen poli-
 162 tischen Standpunkt. Die Aufrechterhal-
 163 tung von Gesprächskanälen darf einer
 164 entschlossenen Politik nicht im Wege
 165 stehen.

166 • Die zunehmende Verbreitung von **Mas-**
 167 **senvernichtungswaffen** verlangt wei-
 168 terhin eine konsequente Politik der
 169 effektiven Rüstungskontrolle mit dem
 170 langfristigen Ziel der Rüstungsbegren-
 171 zung und der Perspektive einer **Abrüs-**
 172 **tung**. Wir setzen uns weiterhin für ei-
 173 ne internationale Ächtung des Einsat-
 174 zes von Atomwaffen ein und bekräf-
 175 tigen unser Ziel einer atomwaffenfrei-

Wir sehen folgende **Prüfsteine** als wesentlich
 für eine langfristig erfolgreiche sozialdemo-
 kratische Friedens- und Sicherheitspolitik an:

- Aus den historischen deutschen Erfah-
 rungen des 20. Jahrhunderts gespeis-
 te bewährte **Zurückhaltung** im Einsatz
 militärischer Mittel, eine Stärkung und
 Weiterentwicklung des Völkerrechts so-
 wie eine langfristige und vorausschau-
 ende Friedenssicherung.
- Enge und frühzeitige, kontinuierliche
Abstimmung mit den Bündnispartnern
 in EU und NATO unter Einbeziehung
 der jeweiligen Interessen der Partner
 sowie eine in Absprache mit den Part-
 nern komplementäre und arbeitsteilige
 Schwerpunktsetzung der deutschen Fä-
 higkeiten zur Landes- und Bündnisver-
 teidigung.
- Strategisch breit fundierte und jeden
Einzelfall abwägende Entscheidungs-
 findung. Offene Kommunikation, ge-
 rade auch über das Lernen aus Feh-
 lern und Fähigkeit zur Selbstkritik und
 Selbstkorrektur.
- Aufrechterhaltung von **Gesprächskanä-**
len auch mit politischen Akteuren, die
 nicht entsprechend unserem Wertesys-
 tem oder sogar völkerrechtsverletzend
 handeln, um zu jedem wünschenswer-
 ten Zeitpunkt diplomatische Schritte
 gehen zu können, bei gleichzeitiger ma-
 ximaler Klarheit über den eigenen poli-
 tischen Standpunkt. Die Aufrechterhal-
 tung von Gesprächskanälen darf einer
 entschlossenen Politik nicht im Wege
 stehen.
- Die zunehmende Verbreitung von **Mas-**
senvernichtungswaffen verlangt wei-
 terhin eine konsequente Politik der
 effektiven Rüstungskontrolle mit dem
 langfristigen Ziel der Rüstungsbegren-
 zung und der Perspektive einer **Abrüs-**
tung. Wir setzen uns weiterhin für ei-
 ne internationale Ächtung des Einsat-
 zes von Atomwaffen ein und bekräfti-

176 en Welt. Dies wird allerdings nur in ein-
177 nem internationalen Kontext stattfinden
178 können.

- 179 • Ein von der Bundesregierung umzuset-
180 zender **Vernetzter Ansatz**: Bei jedem
181 Einsatz zur Friedenssicherung werden
182 von Beginn an alle einschlägigen Res-
183 ssorts beteiligt und auf Gegebenheiten
184 vor Ort wird eingegangen. Die Entwick-
185 lungszusammenarbeit darf dabei ne-
186 ben sicherheitspolitischer Planung kei-
187 ne untergeordnete Rolle einnehmen.
- 188 • In der **Entwicklungszusammenarbeit**
189 muss die qualitative Nachhaltigkeit
190 der Erfolge zentral sein. Wir wirken
191 darauf hin, dass die Entwicklungszu-
192 sammenarbeit Wirtschaften stärkt und
193 Arbeitsmärkte aufbaut, die insbeson-
194 dere Frauen, jungen Menschen und
195 marginalisierten Gruppen langfristige
196 Perspektiven zum sozialen Aufstieg in
197 ihren Heimatländern bieten.
- 198 • Zielorientierte Einpassung in die 17
199 **globalen Nachhaltigkeitsziele**, welche
200 die Generalversammlung der Vereinten
201 Nationen 2015 einmütig verabschiedet
202 hat.
- 203 • Verfolgung des Ziels des **Pariser Klima-**
204 **abkommens** - das heißt, die Begren-
205 zung der Erderwärmung auf deutlich
206 unter 2 Grad, und möglichst auf 1,5
207 Grad.

208 3. Internationale Organisationen stärken

209 Die Zeitenwende global zu verstehen, be-
210 deutet auch, dass wir seit Jahren bestehen-
211 de Paradigmen der deutschen Positionierung
212 im multilateralen Raum überdenken und ge-
213 mäß unserem Anspruch einer gerechten und
214 kooperativen Welt anpassen müssen. Hier-
215 für benötigt es strategische Partnerschaften
216 und Allianzen mit Ländern aller Regionen und
217 Kontinente, die geprägt sein müssen von ge-
218 genseitigem Respekt und Glaubwürdigkeit.

- 219 • Die **EU** soll wichtigster Orientierungs-
220 und Handlungsrahmen für die deut-
221 sche Außen- und Sicherheitspolitik

gen unser Ziel einer atomwaffenfreien
und **entmilitarisierten** Welt. Dies wird
allerdings nur in einem internationalen
Kontext stattfinden können.

- Ein von der Bundesregierung umzuset-
zender **Vernetzter Ansatz**: Bei jedem
Einsatz zur Friedenssicherung werden
von Beginn an alle einschlägigen Res-
sorts beteiligt und auf Gegebenheiten
und Perspektiven vor Ort wird einge-
gangen. Die Entwicklungszusammen-
arbeit darf dabei neben sicherheitspo-
litischer Planung keine untergeordnete
Rolle einnehmen.
- In der **Entwicklungszusammenarbeit**
muss die qualitative Nachhaltigkeit
der Erfolge zentral sein. Wir wirken
darauf hin, dass die Entwicklungszu-
sammenarbeit Wirtschaften stärkt und
Arbeitsmärkte aufbaut, die insbeson-
dere Frauen, jungen Menschen und
marginalisierten Gruppen langfristige
Perspektiven zum sozialen Aufstieg
in ihren Heimatländern bieten. **Die**
Verpflichtung, mindestens 0,7 Pro-
zent des Bruttoinlandsprodukts für
Entwicklungszusammenarbeit und
humanitäre Hilfe bereitzustellen, muss
eingehalten werden.
- Zielorientierte Einpassung in die 17
globalen Nachhaltigkeitsziele, welche
die Generalversammlung der Vereinten
Nationen 2015 einmütig verabschiedet
hat.
- Verfolgung des Ziels des **Pariser Klima-**
abkommens - das heißt, die Begren-
zung der Erderwärmung auf deutlich
unter 2 Grad, und möglichst auf 1,5
Grad.

3. Internationale Organisationen stärken

Die Zeitenwende global zu verstehen, be-
deutet auch, dass wir seit Jahren bestehen-
de Paradigmen der deutschen Positionierung
im multilateralen Raum überdenken und ge-
mäß unserem Anspruch einer gerechten und
kooperativen Welt anpassen müssen. Hier-

222 werden. Um die rüstungs- und ver-
 223 teidigungspolitischen Ziele der Zei-
 224 tenwende nachhaltig und politisch
 225 tragbar umzusetzen, braucht es eine
 226 engere Verzahnung der Beschaffungs-
 227 politik mit den EU-Partnern als bisher.
 228 Es gilt, eine gemeinsame Beschaf-
 229 fungsstrategie so anzugestalten, dass
 230 Interoperabilität der Rüstungssysteme
 231 und Lastenteilung in den Produktions-
 232 und Verteidigungskapazitäten der ge-
 233 samten EU sichergestellt sind. Hierfür
 234 benötigt es kurz- und mittelfristig
 235 höhere politische und finanzielle
 236 Investitionen.

- 237 • Der russische Angriffskrieg gegen die
 238 Ukraine hat auch die zentrale Rolle
 239 der **NATO** sowie der USA als Garan-
 240 ten für die europäische Sicherheit
 241 deutlich gemacht. Vor diesem Hinter-
 242 grund begrüßen wir die Anhebung
 243 der Verteidigungsausgaben durch die
 244 Mitgliedsstaaten. Mittelfristig muss
 245 an die Stelle des 2%-Ziels eine mehr-
 246 jährige, an den wirtschaftlichen und
 247 beschaffungstechnischen Kapazitäten
 248 der Mitgliedstaaten orientierte arbeits-
 249 teilige Investitionsstrategie treten,
 250 welche die Wehrhaftigkeit und Einsatz-
 251 fähigkeit des Bündnisses garantiert
 252 und bestehende Lücken schließt.
- 253 • Eine Stärkung der **Vereinten Nationen**
 254 als wichtigstes Gremium der interna-
 255 tionalen Verhandlungen und Konflikt-
 256 lösung kann nur durch ein aktives und
 257 kooperatives Verhalten Deutschlands
 258 und der EU innerhalb der Vereinten Na-
 259 tionen erfolgen. Dazu gehört der stra-
 260 tegische und am globalen Gemeinwohl
 261 orientierte Austausch mit den Staaten
 262 des Globalen Südens, die sich innerhalb
 263 der Vereinten Nationen zur **G77** zusam-
 264 mengeschlossen haben. Vertrauensbil-
 265 dende Maßnahmen könnten u.a. die
 266 aktive Beteiligung der EU an den Ver-
 267 handlungen eines verpflichtenden Ab-

für benötigt es strategische Partnerschaften
 und Allianzen mit Ländern aller Regionen und
 Kontinente, die geprägt sein müssen von ge-
 genseitigem Respekt und Glaubwürdigkeit.

- Die **EU** soll wichtigster Orientierungs-
 und Handlungsrahmen für die deut-
 sche Außen- und Sicherheitspolitik
 werden. Um die rüstungs- und ver-
 teidigungspolitischen Ziele der Zei-
 tenwende nachhaltig und politisch
 tragbar umzusetzen, braucht es eine
 engere Verzahnung der Beschaffungs-
 politik mit den EU-Partnern als bisher.
 Es gilt, eine gemeinsame Beschaf-
 fungsstrategie so anzugestalten, dass
 Interoperabilität der Rüstungssysteme
 und Lastenteilung in den Produktions-
 und Verteidigungskapazitäten der ge-
 samten EU sichergestellt sind. Hierfür
 benötigt es kurz- und mittelfristig
 höhere politische und finanzielle
 Investitionen.
- Der russische Angriffskrieg gegen die
 Ukraine hat auch die zentrale Rolle
 der **NATO**, **zumal die** USA, als Ga-
 ranten für die europäische Sicherheit
 deutlich gemacht. Vor diesem Hinter-
 grund begrüßen wir die Anhebung der
 Verteidigungsausgaben durch die Mit-
 gliedsstaaten. Mittelfristig muss an die
 Stelle des 2%-Ziels eine mehrjährige,
 an den wirtschaftlichen und beschaf-
 fungstechnischen Kapazitäten der Mit-
 gliedstaaten orientierte arbeitsteilige
 Investitionsstrategie treten, welche die
demokratische Wehrhaftigkeit und Ein-
 satzfähigkeit des Bündnisses garantiert
 und bestehende Lücken schließt.
- Eine Stärkung der **Vereinten Nationen**
 als wichtigstes Gremium der interna-
 tionalen Verhandlungen und Konflikt-
 lösung kann nur durch ein aktives und
 kooperatives Verhalten Deutschlands
 und der EU innerhalb der Vereinten Na-
 tionen erfolgen. Dazu gehört der stra-
 tegische und am globalen Gemeinwohl

268 kommens über Wirtschaft und Men-
 269 schenrechte, Zugang zu Medikamenten
 270 und Impfstoffen sowie der Einsatz für
 271 eine Zinsabsenkung in der Kreditver-
 272 gabe der internationalen Entwicklungs-
 273 banken an Staaten des globalen Südens
 274 sein.

275 • Mit seinem Angriffskrieg gegen die
 276 Ukraine hat Russland gegen die in der
 277 Schlussakte von Helsinki beschlosse-
 278 nen und durch die Charta von Pa-
 279 ris (1990) bekräftigten Prinzipien der
 280 OSZE verstoßen. Das Gremium kann in
 281 Folge der russischen Aggression der-
 282 zeit seiner Aufgabe als Dialogforum
 283 der paneuropäischen Sicherheit nicht
 284 nachkommen. Mittelfristig - nach ei-
 285 nem Rückzug russischer Truppen aus
 286 den ukrainischen Gebieten - könnte die
 287 OSZE in einer signifikant veränderten
 288 sicherheitspolitischen Landschaft aber-
 289 mals ihre Aktivitäten wieder aufneh-
 290 men, vor allem in Bereich des Vertrau-
 291 ensaufbaus und der Transparenz.

292 • Die **G7** und **G20** müssen als diplo-
 293 matische Foren gestärkt werden. Hier-
 294 zu gehören klare Strategien und ge-
 295 meinsame Zielsetzungen mit den nicht-
 296 westlichen Mitgliedsstaaten in der G20,
 297 z.B. im Bereich des Klimawandels, des
 298 Schutzes der natürlichen Lebensgrund-
 299 lagen oder der globalen Bekämpfung
 300 von Steuerflucht. Sowohl der von Olaf
 301 Scholz im Rahmen der G7 angeregte
 302 Klimaclub als auch die Initiative der
 303 G20 einer globalen Mindestbesteue-
 304 rung von Unternehmen sollten forciert
 305 werden.

306 **4. Konfliktursachen bekämpfen, Stabilität** 307 **fördern und Perspektiven schaffen**

308 Internationale Solidarität, Verantwortung
 309 und Führung muß fußen auf dem skizzierten
 310 Kontext der demokratischen Wertebindung
 311 – Menschenwürde, Freiheit von Not und
 312 Furcht, Rechtssicherheit, Gleichheit aller
 313 Menschen vor dem Gesetz. Stablen Fort-

orientierte Austausch mit den Staaten
 des Globalen Südens, die sich innerhalb
 der Vereinten Nationen zur **G77** zusam-
 mengeschlossen haben. Vertrauensbil-
 dende Maßnahmen könnten u.a. die
 aktive Beteiligung der EU an den Ver-
 handlungen eines verpflichtenden Ab-
 kommens über Wirtschaft und Men-
 schenrechte, Zugang zu Medikamenten
 und Impfstoffen, **Schuldenerlasse** so-
 wie der Einsatz für eine Zinsabsenkung
 in der Kreditvergabe der internationa-
 len Entwicklungsbanken an Staaten des
 globalen Südens sein.

• Mit seinem Angriffskrieg gegen die
 Ukraine hat Russland gegen die in der
 Schlussakte von Helsinki beschlosse-
 nen und durch die Charta von Paris
 (1990) bekräftigten Prinzipien der **OSZE**
 verstoßen. Das Gremium kann in Fol-
 ge der russischen Aggression derzeit
 seiner Aufgabe als Dialogforum der
 paneuropäischen Sicherheit nicht **aus-**
reichend nachkommen. Mittelfristig -
 nach einem Rückzug russischer Trup-
 pen aus den ukrainischen Gebieten -
 könnte die OSZE in einer signifikant ver-
 änderten sicherheitspolitischen Land-
 schaft abermals ihre Aktivitäten wie-
 der aufnehmen, vor allem in Bereich
 des Vertrauensaufbaus und der Trans-
 parenz.

• **Nur wenige Tage nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine schloss der Europarat als Organisation für Menschenrechte, Rechtstaatlichkeit und Demokratie Russland aus den eigenen Reihen aus. Nichtsdestotrotz soll der Europarat und die Parlamentarische Versammlung des Europarates weiterhin ein Ort für die russische Zivilgesellschaft sein, um die Möglichkeit zu bieten, sich international Gehör zu verschaffen und zu vernetzen.**

• Die **G7** und **G20** müssen als diplo-
 matische Foren gestärkt werden. Hier-

314 schritt können sie nur bewirken, wenn die
 315 Folgen einer solidarischen und verantwor-
 316 tungsvollen Politik für Frauen und Kinder,
 317 für die Klimaentwicklung, für die Armen der
 318 Welt mitgedacht sind. Unsere **Forderungen**
 319 sind:

- 320 • Wir wollen die Selbstverteidigung der
 321 **Ukraine** wirksam unterstützen, um ih-
 322 re Existenz zu sichern. Davon hängt ab,
 323 wie sich das Verhältnis zwischen dem
 324 demokratischen Europa und Russland
 325 entwickeln wird.
- 326 • Wir wollen eine **Feministische Außen-**
 327 **politik** zur Unterstützung von Sicher-
 328 heit, Freiheit, Inklusion und Teilhabe.
- 329 • Wir wollen offene Gesellschaften,
 330 Rechtssicherheit und **Meinungsfreiheit**
 331 global unterstützen. Hierzu gehört
 332 die internationale Förderung einer
 333 freien Pressearbeit sowie der Kampf
 334 gegen die zunehmende Verbreitung
 335 von Fake News, etwa durch den Ausbau
 336 staatlicher Medienprogramme und
 337 einer stärkeren schulischen und außer-
 338 schulischen Bildungsarbeit zum Thema
 339 internationale Beziehungen.
- 340 • Wir wollen klare Regelungen für eine
 341 gute **EU-Migrationspolitik**. Kommunen,
 342 die Geflüchtete aufnehmen, sollen fi-
 343 nanziell unterstützt werden.
- 344 • Ursachen und Folgen der **Klimakrise**
 345 stehen unmittelbar im Zusammen-
 346 hang mit ökonomischen und sozialen
 347 Bedrohungen in Gesellschaften. Wir
 348 unterstützen es, dass westliche Staa-
 349 ten Schwellenländern mit einem
 350 hohen Kohleanteil bei der Strom-
 351 erzeugung, wie Südafrika, Indonesien
 352 und Vietnam, durch "Energiewende-
 353 Partnerschaften" finanziell dabei
 354 helfen, auf erneuerbare Energien
 355 umzusteigen. Wir fordern, solche
 356 Partnerschaften mit weiteren Staaten
 357 einzugehen. Wir wollen einen stärkeren
 358 finanziellen Einsatz für den Lastenaus-
 359 gleich bei den Klimaveränderungen

zu gehören klare Strategien und ge-
 meinsame Zielsetzungen mit den nicht-
 westlichen Mitgliedsstaaten in der G20,
 z.B. im Bereich des Klimawandels, des
 Schutzes der natürlichen Lebensgrund-
 lagen oder der globalen Bekämpfung
 von Steuerflucht. Sowohl der von Olaf
 Scholz im Rahmen der G7 angeregte
 Klimaclub als auch die Initiative der
 G20 einer globalen Mindestbesteue-
 rung von Unternehmen sollten forciert
 werden.

4. Konfliktursachen bekämpfen, Stabilität fördern und Perspektiven schaffen

Internationale Solidarität, Verantwortung und Führung muß fußen auf dem skizzierten Kontext der demokratischen Wertebindung – Menschenwürde, Freiheit von Not und Furcht, Rechtssicherheit, Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. Stablen Fortschritt können sie nur bewirken, wenn die Folgen einer solidarischen und verantwortungsvollen Politik für Frauen und Kinder, für die Klimaentwicklung, für die Armen der Welt mitgedacht sind. Unsere **Forderungen** sind:

- Wir wollen die Selbstverteidigung der **Ukraine** wirksam unterstützen, um ihre Existenz zu sichern. Davon hängt ab, wie sich das Verhältnis zwischen dem demokratischen Europa und Russland entwickeln wird.
- Wir wollen eine **Feministische Außen-**
politik zur Unterstützung von Sicher-
heit, Freiheit, Inklusion und Teilhabe.
- Wir wollen offene Gesellschaften,
Rechtssicherheit und **Meinungsfreiheit**
global unterstützen. Hierzu gehört
die internationale Förderung einer
freien Pressearbeit sowie der Kampf
gegen die zunehmende Verbreitung
von Fake News, etwa durch den Ausbau
staatlicher Medienprogramme und
einer stärkeren schulischen und außer-
schulischen Bildungsarbeit zum Thema
internationale Beziehungen.

360 und eine Stärkung der internationalen
 361 Katastrophenhilfe.

- 362 • Eindeutige politische Unterstützung
 363 der Protestbewegung im **Iran** gegen
 364 die Regierung in ihrem mutigen Kampf
 365 um Frauen- und Freiheitsrechte; diese
 366 politische Unterstützung sollte auch
 367 konkrete Maßnahmen wie wirksame
 368 Sanktionen politisch Verantwortlicher
 369 einschließen.
- 370 • Politische Unterstützung aller Maßnah-
 371 men der Staatengemeinschaft, die den
 372 unangefochtenen Fortbestand und die
 373 selbstbestimmte demokratische Wei-
 374 terentwicklung **Taiwans** verfolgen.
- 375 • Bei den Wirtschaftsbeziehungen mit
 376 **China** sind einseitige deutsche Abhän-
 377 gigkeiten bei wichtigen Rohstoffen,
 378 Vorprodukten etc. zu reduzieren.
 379 Solchen Abhängigkeiten, die unsere
 380 politischen Spielräume beispiels-
 381 weise in Bezug auf Menschenrechte
 382 entscheidend einengen, ist durch Di-
 383 versifizierung u.a. in der Rohstoff- und
 384 Industriepolitik zu begegnen, auch
 385 wenn dies kurzfristig zu Mehrkosten
 386 führt.
- 387 • Auch und gerade angesichts der jüngs-
 388 ten Regierungsbildung in **Israel** gelten
 389 für uns weiterhin die Sätze aus un-
 390 serem Grundsatzprogramm von 2007:
 391 “Deutschland hat eine besondere Ver-
 392 antwortung für das Existenzrecht Isra-
 393 els. Auch deswegen engagieren wir uns
 394 für einen umfassenden Frieden im Na-
 395 hen Osten auf der Grundlage interna-
 396 tionaler Verträge. Wir setzen uns für
 397 die Selbstbestimmung des palästin-
 398 sischen Volkes und die Schaffung eines
 399 lebensfähigen palästinensischen Staa-
 400 tes ein.”

401 5. Ausblick

402 Auch jenseits der sicherheitspolitischen Zu-
 403 sammenarbeit muss die Zeitenwende sich in
 404 der deutschen EU-Politik in eine stärkere In-
 405 tegration und einer Beschleunigung des sto-

- Wir wollen klare Regelungen für eine gute **EU-Migrationspolitik**. Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen, sollen finanziell unterstützt werden.
- Ursachen und Folgen der **Klimakrise** stehen unmittelbar im Zusammenhang mit ökonomischen und sozialen Bedrohungen in Gesellschaften. Wir unterstützen es, dass westliche Staaten Schwellenländern mit einem hohen Kohleanteil bei der Stromerzeugung, wie Südafrika, Indonesien und Vietnam, durch “Energiewende-Partnerschaften” finanziell dabei helfen, auf erneuerbare Energien umzusteigen. Wir fordern, solche Partnerschaften mit weiteren Staaten einzugehen. **Die eingesetzten öffentlichen Gelder dürfen nicht zu einer weiteren Verschuldung der Länder führen und müssen als Hebel für die Mobilisierung von privaten Investitionen genutzt werden.** Wir wollen einen stärkeren finanziellen Einsatz für den Lastenausgleich bei den Klimaveränderungen und eine Stärkung der internationalen Katastrophenhilfe. **Deutschland muss seinen gerechten Anteil an den versprochenen 100 Milliarden leisten, die jedes Jahr Ländern im globalen Süden zur Verfügung gestellt werden sollen, um Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel zu finanzieren.**
- Eindeutige politische Unterstützung der Protestbewegung im **Iran** gegen die Regierung in ihrem mutigen Kampf um Frauen- und Freiheitsrechte; diese politische Unterstützung sollte auch konkrete Maßnahmen wie wirksame Sanktionen politisch Verantwortlicher einschließen.
- Politische Unterstützung aller Maßnahmen der Staatengemeinschaft, die den unangefochtenen Fortbestand und die selbstbestimmte demokratische Wei-

406 ckenden Erweiterungsprozesses übersetzen.
 407 Um das seit Jahren angestrebte Ziel quali-
 408 fizierter Mehrheitsentscheidungen in Fragen
 409 der Gemeinsamen Außen- und Sicherheits-
 410 politik endlich zu erreichen, muss die Bundes-
 411 regierung sich für eine Kompromissfindung
 412 öffnen. Das gilt auch in Hinblick auf Forderun-
 413 gen der Partner hinsichtlich der gemeinsa-
 414 men Schuldenaufnahme und dauerhaft hö-
 415 herer Investitionen. Deutschland muss seine
 416 Rolle im Gefüge einer nationalen, europäi-
 417 schen und globalen Sicherheitsordnung fin-
 418 den. Das heißt Verantwortung zu überneh-
 419 men.

420

421

422

423

424

425

426

427

428

429

430

431

432

433

434

435

436

437

438

439

440

441

442

443

444

445

446

447

448

449

450

451

terentwicklung **Taiwans** verfolgen.

- Bei den Wirtschaftsbeziehungen mit **China** sind einseitige deutsche **und europäische** Abhängigkeiten bei wichtigen Rohstoffen, Vorprodukten etc. zu reduzieren. Solchen Abhängigkeiten, die unsere politischen Spielräume beispielsweise in Bezug auf Menschenrechte entscheidend einengen, ist durch Diversifizierung u.a. in der Rohstoff- und Industriepolitik zu begegnen, auch wenn dies **kurzfristig** zu Mehrkosten führt.
- Auch und gerade angesichts der jüngsten Regierungsbildung in **Israel** gelten für uns weiterhin die Sätze aus unserem Grundsatzprogramm von 2007: "Deutschland hat eine besondere Verantwortung für das Existenzrecht Israels. Auch deswegen engagieren wir uns für einen umfassenden Frieden im Nahen Osten auf der Grundlage internationaler Verträge. Wir setzen uns für die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes und die Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates ein."

5. Ausblick

Auch jenseits der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit muss die Zeitenwende sich in der deutschen EU-Politik in eine stärkere Integration und einer Beschleunigung des stockenden Erweiterungsprozesses übersetzen. Um das seit Jahren angestrebte Ziel qualifizierter Mehrheitsentscheidungen in Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik endlich zu erreichen, muss die Bundesregierung sich für eine Kompromissfindung öffnen. Das gilt auch in Hinblick auf Forderungen der Partner hinsichtlich der gemeinsamen Schuldenaufnahme und dauerhaft höherer Investitionen. Deutschland muss seine Rolle im Gefüge einer nationalen, europäischen und globalen Sicherheitsordnung finden. Das heißt Verantwortung zu übernehmen.

Ini Initiativanträge

Ini1

Die KDV möge beschließen:

Erhalt von Graffiti-Kunst in Mitte - Ersatzstandorte für „Hall of Fame Wedding“ freigeben

1 Die Mitglieder der SPD im Bezirksamt wer-
2 den aufgefordert sich dafür einzusetzen,
3 dass umgehend gleichwertige Ersatzstand-
4 orte für Graffiti-Kunst zur Kompensation
5 des Abrisses der „Hall of Fame Wedding“ am
6 Napoleonkai freigegeben werden.

7

8 **Begründung**

9 Die Förderung von Graffiti-Kunst ist fester
10 Bestandteil unseres Kommunalwahlpro-
11 gramms sowie der letzten Zählgemein-
12 schäftsvereinbarung. Die BVV-Fraktion hat in
13 den letzten Legislaturen mehrere Anträge für
14 weitere Flächen für Graffiti-Kunst durchge-
15 bracht. Die Erledigungsfristen sind säumig.
16 Der nun angekündigte Abriss einer der
17 größten Flächen für Graffiti-Kunst zugunsten
18 von Libellen, Zauneidechsen und Florentiner
19 Habichtskraut, ohne die Bereitstellung von
20 Ersatzstandorten, steht nicht im Einklang mit
21 der Position der Partei.

Ini2**Wahlen 2026 vorbereiten**

1 Der Kreisvorstand der SPD Mitte soll um-
2 gehend Schritte einleiten, um die Wahlen
3 zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zur
4 Bezirksverordnetenversammlung Mitte von
5 Berlin 2026 vorzubereiten. Diese Schritte
6 sind: 1. Die programmatische Schärfung
7 eines eindeutigen politischen Profils der SPD
8 Mitte, insbesondere in Abgrenzung zu unse-
9 ren stärksten politischen Konkurrenten, 2. die
10 Findung und der Aufbau von Kandidierenden
11 für sämtliche AGH Wahlkreise in Mitte sowie
12 das Amt der/des Bezirksbürgermeister*in,
13 sowie 3. die systematische Vernetzung und
14 Intensivierung von bestehenden Verbindun-
15 gen mit der Zivilgesellschaft.

16 Alle diese Schritte sind evidenzbasiert und
17 strategisch zu gestalten. Der GKV steuert die-
18 sen Prozess in enger Abstimmung und unter
19 Einbeziehung des KV und macht ihn in jeder
20 KV Sitzung zu einem TOP.

21

22 Begründung

23 Die SPD in Mitte verliert seit Jahren kontinu-
24 ierlich an Zuspruch, was sich an den Wahler-
25 gebnissen ablesen lässt. Diesem Trend müs-
26 sen wir uns aktiv entgegenstellen, ansonsten
27 droht bei den Wahlen 2026 die politische Be-
28 deutungslosigkeit in Mitte. Um Chancen auf
29 die Rückgewinnung von Mandaten zu haben,
30 müssen wir sofort anfangen zu handeln. Pro-
31 grammatische Schärfung und innerparteilich-
32 er Wahlkampf brauchen erfahrungsgemäß
33 viel Zeit und Ressourcen, noch bevor über-
34 haupt Kandidierende und Inhalte den Wäh-
35 ler*innen bekannt gemacht werden. Um nicht
36 ins zu stark ins Hintertreffen gegenüber aktu-
37 ellen Mandatsträger*innen konkurrierender
38 Parteien zu geraten, müssen diese vorberei-
39 tenden Prozesse jetzt angeschoben werden,
40 um so früh wie möglich mit Inhalten und
41 Kandidierenden an die Wähler*innen heran-

42 zutreten.